

EU-politische Initiative Pappenheim

Konzerne bevorzugt

Intensive Kritik an Handelsabkommen mit Kanada und den USA

PAPPENHEIM – Die EU-politische Initiative Pappenheim, eine projektbezogene Denk- und Aktion-Gruppe, hat sich mit den aktuell viel diskutierten und umstrittenen Handelsabkommen mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) beschäftigt.

Die Politik der Europäischen Union wird in Brüssel gemacht, bisweilen im Europäischen Parlament in Straßburg, und dann noch in Berlin. Und in Pappenheim? Dort hat sich 2013 die EU-politische Initiative gegründet, die den Politakteuren in Brüssel, Straßburg und Berlin auf die Finger schauen will. „Unsere ‚Provinz‘ beobachtet, sie argumentiert und sie fordert Rechenschaft, zum Beispiel hinsichtlich des unsäglichen Prozedere um die Erarbeitung der Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada sowie den USA“, schreibt die Initiative in einem Presstext.

Bei deren jüngstem Treffen im Haus der Bürger in Pappenheim beschrieb Anette Pappler die Zielsetzungen der EU-politischen Initiative Pappenheim zum einen aus persönlicher Betroffenheit als Bürgerin einer auf Rechtsstaatlichkeit gegründeten deutschen Demokratie, als von CETA bedrohte Verbraucherin, aber auch als engagierte Befürworterin der Europäischen Union. Als Mandatsträgerin (im Pappenheimer Stadtrat sowie im Kreistag) befürchtet sie eine Verletzung bestehender Rechtsnormen. Um das zu verhindern, sollen ihrer Meinung nach viele Bürger mitwirken.

Helmut M. Selzer gab einen Bericht über die mit dem Inkrafttreten von CETA zu erwartenden Eingriffe in nationale, kommunale und bürgerliche Rechte. Weithin würden die von der EU-Handelskommission mit Kanada vereinbarten Verfahrensmodi des CETA-Prozesses kritisiert, so die geheimen Verhandlungen und die exklusiven Zugangsrechte der Großkonzerne und deren Lobbygruppen. „Wobei bis heute nicht verbindlich geklärt ist, ob die nationalen Parlamente über das Vertragswerk werden abstimmen und Veränderungen werden erzwingen können“, sagte Selzer.

Die von CETA betroffenen Menschen, Gruppen und Organe bildeten

im Grunde die gesamte Gesellschaft; Kernziel des geplanten Vertragswerkes ist die weitreichende Liberalisierung der Märkte, sprich der Abbau von Handelshemmnissen. Das sind Selzer zufolge „Maßnahmen, Regeln, Gesetze, Standards, welche die Gewinne eines Investors schmälern.“

„Von besonderer Pikanterie“ sind für ihn die folgenden Details: „Die Stillstand-Klausel, derzufolge eine einmal beschlossene Liberalisierung nie wieder rückgängig machbar sein solle, die Ratchet-Klausel, welche eine künftige Rekommunalisierung (zum Beispiel eines Wasserwerkes) ausschließen solle, und die Konzeption der Living Agreements, welche später folgende Interpretationen und Erweiterungen des Vertraginhalts gewissen Ausschüssen vorbehält und somit ohne jegliche parlamentarische Kontrolle möglich sein solle.“

Die von spezialisierten Anwaltskanzleien mitorganisierten Investor-Staat-Schiedsgerichte, vor denen Investoren einen Staat verklagen können, agierten außerhalb der demokratisch legitimierten staatlichen Gerichtsbarkeit. Selzers Kernthese lautete: „Sollte CETA (in der derzeit vorliegenden Fassung) verabschiedet werden, würde damit eine strukturelle Veränderung des Konzepts der parlamentarischen Demokratie innerhalb der EU in Gang gesetzt.“

Eine sachliche und informationsreiche Diskussion machte die Breite der Protestbewegung deutlich. Anhänger sehr unterschiedlicher politischer Parteien (außerhalb des neoliberalen Lagers) stimmten mit Vertretern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) darin überein, dass die von der vorhergehenden EU-Handelskommission betriebene Unterstützerpolitik zugunsten global agierender Konzerne zu Fall gebracht werden muss.

Die drei Initiatoren des Treffens, Anette Pappler, Horst Felgner und Helmut M. Selzer, dankten abschließend für die Beiträge und pointierten Stellungnahmen des Abends. Weitere Informationen und Quellen finden sich auf den Internetseiten von www.didaktik-labor.de.